



## Pressemitteilung

### Kritik an interreligiöser Gaza-Erklärung:

#### „Wer den Völkermord nicht klar benennt, verrät die Opfer“

Die Islamische Religionsgemeinschaft Hessen (IRH) äußert mit großem Befremden und unterschiedener Kritik ihre Stellungnahme zur kürzlich veröffentlichten gemeinsamen Erklärung der Jüdisch-Islamischen Gesellschaft Gießen, der Christlich-Islamischen Gesellschaft Gießen – deren muslimischer Gründungsvorsitzender ich bin – sowie der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Gießen-Wetzlar. Die unter dem Titel *„Brot und Frieden (Schalom/Pax/Salam) für die Menschen in Gaza und die Befreiung aller Geiseln“* erschienene Stellungnahme wird zudem von der Evangelischen Stadtkirchenarbeit und der Katholischen Cityseelsorge Gießen mitgetragen.

Als Islamische Religionsgemeinschaft bekennen wir uns mit voller Überzeugung zu einem aufrichtigen, wertebasierten Dialog zwischen den Religionen – getragen von gegenseitigem Respekt, Wahrhaftigkeit und einem gemeinsamen Eintreten für Gerechtigkeit, Menschenwürde und das Völkerrecht. Umso größer ist unser Unverständnis über die inhaltliche Ausgestaltung dieser interreligiösen Erklärung, die aus unserer Sicht der dramatischen Realität in Gaza in keiner Weise gerecht wird.

Die seit Monaten andauernde, gezielte Zerstörung ziviler Infrastruktur im Gazastreifen, die massenhafte Tötung von Frauen und Kindern, die kollektive Aushungerung der Bevölkerung und die systematische Blockade von humanitärer Hilfe durch die israelische Armee stellen nicht nur schwerste Menschenrechtsverletzungen dar, sondern erfüllen nach Einschätzung zahlreicher internationaler Juristinnen und Juristen, UN-Gremien und Menschenrechtsorganisationen die Merkmale eines laufenden Völkermords. Die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs, ein mögliches Völkermordverfahren gegen Israel zuzulassen, bekräftigt diese Einschätzung völkerrechtlich.

Vor diesem Hintergrund ist es in unseren Augen völlig unzureichend, wenn in einer interreligiösen Erklärung, die sich auf gemeinsame abrahamische Werte beruft, weder das systematische Unrecht klar benannt noch die Täterseite beim Namen genannt wird. Stattdessen verliert sich die Erklärung in religiösen Allgemeinplätzen und vermeidet eine klare moralische Positionierung gegenüber der Realität eines der schlimmsten Menschheitsverbrechen aller Zeiten.

Diese Stellungnahme wollen wir nicht als Konfrontation verstanden wissen, sondern als einen notwendigen Einspruch – aus Verantwortung gegenüber den Grundsätzen wahrhaftigen Dialogs. Denn Dialog bedeutet nicht, das Einvernehmen über die Wahrheit zu stellen. Er bedeutet, auch dann Haltung zu zeigen, wenn es unbequem ist – und dem Leid ins Gesicht zu sehen, statt es zu umschreiben.

Unklare Worte und beschwichtigende Formulierungen tragen nicht zum Frieden bei. Im Gegenteil: Sie verschleiern die Realität, relativieren das Leid – und lassen die Opfer sprachlos zurück. Wer über das spricht, was in Gaza geschieht, muss auch den Mut haben, es beim Namen zu nennen.

Seit vielen Monaten organisiert die IRH in Gießen und anderen hessischen Städten friedliche Demonstrationen und Kundgebungen, die sich unmissverständlich gegen den Völkermord in Gaza durch Israel, für die Einhaltung des Völkerrechts, für Gerechtigkeit in Palästina und für ein Ende des weltweiten Schweigens – allen voran in Deutschland - angesichts der humanitären Katastrophe in Gaza einsetzen. Diese Veranstaltungen finden breite Unterstützung – auch von Menschen aus jüdischen, christlichen und säkularen Zusammenhängen. Umso irritierender ist es, dass manche öffentlichen Stellungnahmen offenbar als Reaktion auf diese friedlichen Proteste formuliert werden – nicht selten mit dem Ziel, die eigene Position als „ausgewogen“ zu präsentieren und politischer Kritik aus dem Weg zu gehen.

Doch gerade jetzt braucht es keine Ausgewogenheit auf Kosten der Wahrheit, sondern Klarheit im Namen der Gerechtigkeit. Denn: Wer das Unrecht nicht klar benennt, macht echten Frieden unmöglich. Und wer die Täter nicht benennt, versagt den Opfern die notwendige Solidarität.

Die IRH ruft alle religiösen und zivilgesellschaftlichen Akteure dazu auf, den Weg des Dialogs nicht mit Sprachlosigkeit oder taktischer Zurückhaltung zu verwechseln – sondern mit moralischer Klarheit und der Bereitschaft, das zu sagen, was gesagt werden muss. Im Namen der Wahrheit. Im Namen der Menschlichkeit. Im Namen Gottes.

Gießen, 08. Juli 2025

Ramazan Kuruyüz

Vorsitzender der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen/IRH